

WiSe 2016/2017

Büro für Gleichstellung
und Gender Studies



LEOPOLDINE – FRANCISCA



Inhalt

Editorial	3
„Leopoldine freut sich“	4
Elisabeth Rieder: Leiterin des Büros der Behindertenbeauftragten	5
Inklusive Bildung	8
PädagogInnenbildung NEU	11
Das Internet ist frei. Bildung ist frei. Open Educational Resources (OER)	15
Die Welt steht dir offen! – das Projekt „talentscout-tirol“	18
First Generation Students. Economic and Multicultural Diversity	20
Neues Institut für Islamische Theologie und Religionspädagogik an der Universität Innsbruck	21
Erika Thurner: vielseitige und politisch positionierte Forscherin	23
Pensionierung von Univ.-Prof. ⁱⁿ Erna Appelt	24
Max Preglau: Soziologe mit Profil geht in Pension	25
Herausragende Geschlechterforschung ausgezeichnet	26
Geschlechtergerechtigkeit und Fachkulturen (Buchrezension)	28
Ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen	31
Jahresrückblick aus dem Kinderbüro	32
Quiz: (K)eine Schularbeit	33

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt der Leopoldine Francisca sind:

Dr. Sabine Engel, Büro für Gleichstellung und Gender Studies, Bereich Gleichstellung,
Innrain 52, 6020 Innsbruck, Tel.: +43 (0)512 / 507-9046 oder 9045, e-mail: gleichbehandlung@uibk.ac.at

Mag.^a Maria Furtner, Dr. Alexandra Weiss,
Büro für Gleichstellung und Gender Studies, Bereich Gender Studies, Innrain 52, 6020 Innsbruck,
Tel.: +43 (0)512 / 507-9810 bzw. 9063, e-mail: gender-studies@uibk.ac.at bzw. fem@uibk.ac.at

Mitgearbeitet haben an dieser Ausgabe:

Fatima Cavis, Sabine Engel, Sabine Fischler, Maria Furtner, Elisabeth Grabner-Niel, Sabine Gatt,
Ortrun Gröbinger, Barbara Hinger, Katharina Morack, Heinz-Jürgen Niedenzu, Lisa Pfahl, Jasmin Sailer,
Zekirija Sejdini, Andrea Urthaler, Alexandra Weiss.

Druck: Druckerei Pircher GmbH, 6430 Ötztal-Bahnhof, Layout: Karin Berner

Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in der vorliegenden Ausgabe der Leopoldine Francisca befassen wir uns mit dem Thema Bildung, Lehr- und Lernmethoden, mit Zugangsbeschränkungen zum Bildungssystem, aber auch mit Ansätzen einer inklusiven Bildung. Was unter inklusiver Bildung zu verstehen ist und mit welchen bildungspolitischen und schulischen Anforderungen sie einhergeht, erläutert eingangs Lisa Pfahl. Im Wintersemester 2016/17 startete das neue Lehramtsstudium für die Sekundarstufe, das im sogenannten Entwicklungsverbund West entwickelt und umgesetzt wurde. Im Interview spricht Barbara Hinger über die Entwicklung und Implementierung der PädagogInnenbildung NEU. Das Internet ist ein wichtiges Instrument zur Vermittlung von Bildung und hat die Zugänglichkeit von Wissen erleichtert. Welche Systeme die Universität Innsbruck dazu nutzt, erklärt Gudrun Gröbinger von der Abteilung Neue Medien und Lerntechnologien im ZID. Mit Zugangsbeschränkungen zu Bildung beschäftigt sich das Projekt „talentscout-tirol“, dessen Projektleiter Reinhard Starnberger im Interview Ziel und Arbeitsweise des Projekts erläutert. Mit dieser Thematik befasst sich auch das im Büro für Gleichstellung und Gender Studies angesiedelte Projekt „First Generation Students“, das hier kurz vorgestellt wird. Außerdem stellen Zekirija Sejdini und Fatima Cavis das neue Institut für Islamische Theologie und Religionspädagogik vor.

Darüber hinaus erfahren Sie wie immer Neuigkeiten aus unserer Universität und dem Bereich Geschlechterforschung. Drei herausragende Persönlichkeiten und UnterstützerInnen der Frauen- und Geschlechterforschung – Erna Appelt, Max Preglau und Erika Thurner – gingen 2016 in Pension. Außerdem stellen wir eine inzwischen schon langjährige Kollegin und ihren Aufgabenbereich vor: Elisabeth Rieder, die in ihrer Funktion als Leiterin des Büros der Behindertenbeauftragten Beeindruckendes leistet.

Eine interessante Rezension des Buch „Fachkulturen als Ordnung der Geschlechter“ steuert Elisabeth Grabner-Niel bei. Im November 2016 wurde wieder der Preis für frauen-/geschlechtsspezifische/feministische Forschung vergeben. Ausgezeichnet wurde diesmal eine Diplomarbeit aus der Vergleichenden Literaturwissenschaft. Weitere Kurzbeiträge berichten über neue Habilitationen von Frauen, neu berufene Professorinnen, die Aktion „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ und die Beteiligung der Universität daran sowie einen Jahresrückblick des Kinderbüros. Selbstverständlich gibt es auch wieder ein Quiz – diesmal zum Thema „(K)eine Schularbeit“.

Leider müssen wir uns diesmal auch von zwei lieben Kolleginnen verabschieden: Elisabeth Grabner-Niel und Brigitte Rainer gingen im Herbst 2016 in Pension. Ab 16. Jänner 2017 wird unser Team aber durch Nicola Mair, die Brigitte Rainer nachfolgt, verstärkt.

Das Team des Büros für Gleichstellung und Gender Studies wünscht Ihnen eine interessante Lektüre und nachträglich alles Gute für 2017!

Leopoldine freut sich ...

... über die neu Habilitierten

Dr. Ingrid Franke-Whittle, Mikrobiologie, 06.06.2016

Dr. Silvia Rief, Soziologie, 04.08.2016

Dr. Marie-Luisa Frick, Philosophie, 04.08.2016

... über die neu berufenen Professorinnen

Univ.-Prof. Dr. Kerstin Neumann, Institut für Strategisches Management,
Marketing und Tourismus, Dienstantritt: 01.09.2016

Univ.-Prof. Mag. Kristina Schinegger, Institut für Gestaltung,
Dienstantritt: 17.10.2016

Univ.-Prof. PD Dr. Daniela Schuster, Institut für Pharmazie,
Abteilung Pharmazeutische Chemie, Dienstantritt: 01.12.2016

Berufung nach § 99 (3)

Univ.-Prof. Dr. Michaela Ralser,
Fakultät für Bildungswissenschaften, 01.10.2016

Elisabeth Rieder: Leiterin des Büros der Behindertenbeauftragten



Du hast hier an der Universität Innsbruck studiert und bist promovierte Politikwissenschaftlerin. Was waren Deine speziellen Interessen in der Politikwissenschaft?

Meine Interessenschwerpunkte waren von Anfang an das Österreichische Politische System und die Internationale Politik, vor allem die Europapolitik. Meine Diplomarbeit hatte die politischen Auswirkungen des Strukturwandels auf Tiroler Bergbauern und Bergbäuerinnen zum Inhalt. Meine Dissertation schrieb ich über das Wahlverhalten der Tiroler Bergbauern und Bergbäuerinnen bei Landwirtschaftskammerwahlen und Landtagswahlen im Vergleich, mit einem Exkurs zur Europäischen Landwirtschaftspolitik.

Aufgrund meiner persönlichen Betroffenheit sowie meiner beruflichen Tätigkeit erweiterte sich mein Interesse um österreichische und internationale Behindertenpolitik. Im

Sommersemester 2017, biete ich am Institut für Politikwissenschaft ein Seminar zum Thema „Österreichische Behindertenpolitik“ an. Ich freue mich schon sehr auf den Diskurs mit den Studierenden zu diesem Thema, zu dem ich auch immer wieder publiziere.

Du bist schon seit einigen Jahren Behindertenbeauftragte der Universität Innsbruck. Seit wann genau bist Du in diesem Bereich tätig und wie bist Du dazu gekommen?

Ich bin seit 2007 im Büro der Behindertenbeauftragten der Universität Innsbruck tätig, also schon seit 10 Jahren, und es ist für mich immer noch mein Traumberuf! 2007 wurde ich halbtags im Büro der Behindertenbeauftragten für die Öffentlichkeitsarbeit eingestellt, daneben arbeitete ich als Koordinatorin im Büro von *Selbstbestimmt Leben Innsbruck*. 2008 übergab mir dann der damalige Vizerektor Arnold Klotz die Leitung des Büros. Ende 2008 kam meine Kollegin Bettina Jeschke zu meiner Unterstützung hinzu. Gemeinsam haben wir das Büro weiterentwickelt. Heute wird unsere Fachexpertise von nationalen und internationalen Universitäten, Behörden, Organisationen und Institutionen angefragt.

Beworben habe ich mich damals im Büro der Behindertenbeauftragten aufgrund meiner eigenen Lebensgeschichte. Ein folgenschwerer Verkehrsunfall hatte mich 1994 nach Innsbruck an die Universitätsklinik gebracht. Nach vielen Operationen und einer lebensbedrohlichen Erkrankung musste ich dazu übergehen den Rollstuhl zu benutzen. Nach einer sehr schweren Zeit, geht es mir nun gesundheitlich sehr gut und ich habe auch mein Leben im Rollstuhl akzeptiert. Heute führe ich – beruflich und privat – ein sehr ausgefülltes und erfülltes Leben.

Da ich bereits mit Rollstuhl studiert habe, stieß ich schon damals auf Barrieren, die ich mir vorgenommen habe, zu beseitigen – was mir auch z.T. gelungen ist. Ich wohnte damals außerhalb von Innsbruck und musste an die Universität gefahren werden; am Morgen wurde ich zur Universität gebracht und am Abend wieder abgeholt. Dazwischen hatte ich keine Möglichkeit mich zu erholen, mich auf einem Bett oder einer Couch auszustrecken. Nach vielen so absolvierten Semestern, erfuhr der damalige Institutsvorstand Anton Pelinka von meinem Problem und stellte mir einen Raum zur Verfügung, in dem ich mich zwischen den Lehrveranstaltungen regenerieren konnte.

Meine erste Initiative als Leiterin des Büros der Behindertenbeauftragte war dann einen Regenerationsraum an jedem Campus zu installieren. Diese Räume werden von Studierenden und MitarbeiterInnen sehr gut frequentiert.

Was sind die Schwerpunkte in Deiner Arbeit als Behindertenbeauftragte an der Universität Innsbruck und wer kann sich an Dich wenden?

Der gesetzliche Auftrag des Büros der Behindertenbeauftragten wird über das Bundes-Verfassungsgesetz, das Universitätsgesetz 2002, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz, das Behinderteneinstellungsgesetz, sowie diverse Ö-Normen, insbesondere die Ö-Norm B1600, definiert.

Grundsätzlich können sich alle betroffenen Studierenden mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen an mich wenden. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Chancengleichheit im Studium und einer umfassenden Teilhabe. Wesentlich dafür ist eine persönliche und individuell-spezifische Beratung sowie die Erarbeitung individueller Lösungen – gemeinsam mit den betroffenen Studierenden. Wir beraten aber auch Lehrende, Institute oder Dekane. Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Networking auf interner, externer, nationaler und internationaler Ebene. Über meine Funktion bin ich auch Mitglied des Behindertenbeirats der Stadt Innsbruck, in dem ich seit zwei Legislaturperioden Vorsitzende bin.

In den letzten Jahren wurde an der Universität viel um- und neu gebaut. Wie bist Du in diese Maßnahmen einbezogen worden?

2007 war das Büro dem Vizerektorat für Infrastruktur beratend beigelegt. Ich absolvierte in dieser Zeit am Austrian Standard Institut eine Ausbildung zur Gutachterin und Sachverständigen für barrierefreies Planen und Bauen. Gemeinsam mit Christoph Genser von der Dienstleistungseinheit Sicherheit und Gesundheit und einer externen Sachverständigen evaluierten wir alle Universitätscampi und erstellten Guidelines für künftige bauliche Ausschreibungen der Universität Innsbruck.

Durch einen Wechsel in der Zuordnung des Büros wurden diese Kompetenzen nun zur Gänze zur Dienstleistungseinheit Sicherheit und Gesundheit verlegt. Ich bin aber weiterhin im Austrian Standard Institut in der Arbeitsgruppe Normung für die Ö-Norm B1600 – Barrierefreies Planen und Bauen tätig.

Ein großer Teil Deiner Arbeit bezieht sich auf die Beratung von Studierenden. Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es an der Universität Innsbruck für Studierende mit Behinderung?

Die Unterstützungsmöglichkeiten für behinderte und/oder chronisch kranke Studierende sind sehr vielfältig. Das individuelle, persönliche und lösungsorientierte Beratungsgespräch steht immer im Zentrum. In unserem Büro können hörbeeinträchtigte Studierende z.B. portable Induktionsanlagen entleihen, die auch für öffentliche Veranstaltungen der Universität zur Verfügung stehen. Ebenso stehen Krücken und Rollstühle – auch für temporär behinderte Studierende und MitarbeiterInnen –, ein Kompressor zum Aufpumpen der Räder oder ein kleiner Werkzeugkasten für Reparaturen am Rollstuhl bereit.

Über unser Büro können für öffentliche Veranstaltungen der Universität Innsbruck auch GebärdensprachdolmetscherInnen beantragt werden. Studierende können modifizierte Prüfungsmodalitäten oder ein Tutorium beantragen. TutorInnen sind nach Möglichkeit Studierende derselben Fachrichtung, die die betroffenen Studierenden im Studienalltag, z.B. bei Vorlesungsmitschriften, Literaturrecherchen oder Prüfungsvorbereitungen unterstützen.

Seit 2013 gibt es einen Blinden-, Sehbehinderten- und Rollstuhlarbeitsplatz, den wir gemeinsam mit dem ZID servisieren. Wir arbeiten auch sehr eng mit der Abteilung für Digitale Services zusammen, die den betroffenen Studierenden die Digitalisierung von Studienliteratur anbietet.

Was zählst Du zu Deinen Erfolgen in Deiner Tätigkeit und welche Ziele sind Deines Erachtens noch zu erreichen an der Universität Innsbruck?

Zu allererst möchte ich explizit anmerken, dass ich für diese Erfolge nicht alleine verantwortlich bin. Hier steht immer eine äußerst kompetente und hoch motivierte Teamarbeit dahinter! Dennoch möchte ich unter dieser Prämisse einige Erfolge anführen:

Zu den Erfolgen zählt primär der erfolgreiche Auf- und Ausbau des Büros der Behindertenbeauftragten und die damit verbundenen nationalen und internationalen Expertiseanfragen. Stolz bin ich auch darauf, dass im Herbst 2016 der erste blinde Studierende Mitteleuropas ein Chemiestudium absolvierte.

Zu meinen persönlichen Erfolgen zählt die Absolvierung von Gebärdensprachkursen am ISI (Internationales Sprachenzentrum), durch die ich einfache (Beratungs-)Gespräche in Gebärdensprache führen kann.

Mit meinem Team und der University of New Orleans organisierte ich drei *International Conferences on Higher Education and Disability*, die sehr erfolgreich waren und mediale Aufmerksamkeit auf sich zogen. Außerdem entwickelte ich mit Ellen Palli vom Institut für Politikwissenschaft die Idee, das *Austrian Student Program* an der University of New Orleans für Studierende mit Behinderung zugänglich zu machen – was uns 2011 gelang.

Auch die kleinen und größeren Erfolge, wie eine bestandene Prüfung oder ein Studienabschluss, der Besuch von AbsolventInnen, die mittlerweile Erfolg im Beruf haben, bestärken meine Kollegin und mich in unserer Arbeit.

Mein großes Ziel ist aber eine umfassende Inklusion, die sich nicht auf Universitäten beschränkt!

Das Interview mit Elisabeth Rieder führte Alexandra Weiss.

Inklusive Bildung

Inklusion im Sinne einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen ist u. a. in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verankert. Im Rahmen der Spezialisierung „Inklusive Pädagogik“ als integraler Bestandteil des neuen Lehramtsstudiums setzen sich zukünftige Lehrkräfte mit dem Prozess der Inklusion – speziell im Bildungssystem – auseinander.

Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe



Lisa Pfahl ist Professorin für Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Disability Studies.

In den deutschsprachigen Bildungswissenschaften etabliert sich spätestens mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) im Jahr 2009 ein Verständnis von Inklusion, das über das formalistische Verständnis von Inklusion als Adressierung von Individuen durch Institutionen (vgl. Luhmann 1984) hinausgeht. Mit Inklusion ist hier ein gesellschaftlicher Vorgang gemeint, der Individuen umfassend in die Gesellschaft einbindet, ihre aktive Teilhabe ermöglicht und ein Leben lang andauert. Dieser substantielle Begriff geht maßgeblich auf die internationale Verständigung über die Rechte der Menschen mit Behinderungen zurück, deren Partizipation und Einschluss in gegenwärtigen Gesellschaften noch nicht ausreichend gesichert ist. Dies gilt auf andere Weise auch für Angehörige von Minderheiten sowie für Flüchtlinge, Kinder und Frauen. Der Begriff Inklusion erhält hier also eine prozessuale Bedeutung: Das Recht auf Inklusion orientiert sich am Ziel der Teilhabe aller. Die UN-BRK wurde 2006 von den Vereinten Nationen verabschiedet und 2008 von der Republik Österreich rati-

fiziert. Ihr wird ein weiter Behinderungsbegriff zugrunde gelegt, der über das in der Sozialgesetzgebung definierte Verständnis von Behinderung als längere, altersuntypische Erkrankung hinausgeht und sowohl körperliche, psychische, soziale und kognitive Beeinträchtigungen von Einzelnen und daraus resultierende Benachteiligungen einschließt als auch die Diskriminierung von Minderheiten bzw. die institutionelle oder individuelle Ungleichbehandlung von Personen mit gleichem Rechtsstatus. Insofern die Behindertenrechtskonvention auf „volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft“ zielt und „die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit“ einschließt (UN-BRK, Artikel 3, Allgemeine Grundsätze), entspricht dies der oben eingeführten Idee der gesellschaftlichen Teilhabe aller.

Das Recht auf Bildung für alle

In Artikel 24 der UN-BRK wird das Recht auf Bildung verankert. Neben der grundsätzlichen Anerkennung des Rechtes in Abs 1, werden in Abs 2 die Möglichkeiten zur Verwirklichung durch die Vertragsstaaten angeführt. Dazu zählen beispielsweise die Sicherstellung des diskriminierungsfreien Zugangs zu allen Stufen des allgemeinen Bildungssystems wie auch die Bereitstellung von geeigneten Unterstützungsstrukturen für Menschen mit Behinderungen.

Die Behindertenrechtskonvention enthält „einen subjektiv-rechtlichen bzw. unmittelbar justiziablen Inhalt in den Kernbereichen der einzelnen Sozialpaktrechte (*core content of rights*)“ (Riedel 2010: 9), der das Recht auf schulische Inklusion beinhaltet. Einzelne und Gruppen können ihre Rechte gegenüber Individuen und Institutionen auf dieser Grundlage einklagen. Da die UN-BRK die Einrichtung entsprechender Unterstützungsmaßnahmen vorschreibt, sind alle Schulgesetzgebungen als kritisch zu betrachten, die das Recht auf einen inklusiven Schulplatz für alle Schüler und Schülerinnen durch eine „Vielfalt der Förderorte“ unterlaufen oder schulische Inklusion nicht flächendeckend gewährleisten. Die Konvention legt unmissverständlich nahe, Menschen mit Behinderungen den Zugang zu hochwertiger Bildung, d.h. zu allgemeinen und weiterführenden Regelschulen sowie zu tertiärer Bildung, nicht länger zu verwehren und entsprechende Vorkehrungen dafür zu treffen.

Die Umsetzung dieses Ziels wird somit einerseits durch rechtliche Bestimmungen vorangetrieben. Um allerdings ihre Wirkung zu entfalten müssen diese rechtlichen Bestimmungen sowie die Zielvorgabe der Inklusion andererseits Eingang in die unterschiedlichen gesellschaftlichen Institutionen finden und deren organisationelle Praxis anleiten. Eine weitreichende Um- und Durchsetzung demokratischer Teilhabe aller Beteiligten steht in enger Wechselwirkung mit veränderten professionellen Praktiken. Die Angehörigen der Professionen können diesen Prozess der Umsetzung des Rechts auf Inklusion unterstützen und implementieren, aber auch hinauszögern, insofern Professionen aufgrund ihrer verbandsmäßigen Struktur weitreichenden Einfluss auf Organisationsstrukturen ausüben können. Dies gilt insbesondere für das Bildungswesen, das eine Schlüsselrolle in der Frage gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit Benachteiligungen und Behinderungen einnimmt (vgl. Biermann/Pfahl 2015; United Nations 2013).

Inklusion und schulische Praxis

Die Anforderungen an die im Bildungswesen tätigen Fachkräfte werden durch die in Österreich noch bestehende Segregation von Menschen mit Benachteiligungen und Behinderungen verstärkt. Dabei ist zu bedenken, dass eine umfassende Umsetzung von Inklusion – empirischen Befunden über die Zufriedenheit von Lehrkräften an integrativen Schulen bzw. in inklusiven Bildungssettings zufolge (vgl. Preuss-Lausitz 2009; Flieger 2016) – die beruflichen Belastungen dieser Berufsgruppen aller Voraussicht nach reduzieren wird. Ein Wandel der Professionalität ist notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Verwirklichung des Rechts auf Inklusion. Der Wandel der pädagogischen Professionalität betrifft sowohl pädagogische Praktiken zwi-

schen Lehrenden und Lernenden, Lehrkräften und Elternschaft, als auch die Professionskultur mit ihrer Interessensvertretung. Inklusion ist als Prozess zu verstehen, der hohe Anforderungen an Experten und Expertinnen stellt, d.h. Bildungsbürokratie, Lehrende, Erziehende sowie alle anderen Berufsgruppen, die an der Gestaltung des Bildungswesens mitwirken.

Lisa Pfahl

Literaturangaben

Biermann, Julia / Pfahl, Lisa (2015): Menschenrechtliche Zugänge & inklusive Bildung. In: I. Hedderich, G. Biewer, J. Hollenweger und R. Markowetz (Hg.), Handbuch Inklusion. Klinkhardt Verlag, S. 199–207.

Flieger, Petra / Müller, Claudia (Hrsg.) (2016): Basale Lernbedürfnisse im inklusiven Unterricht. Ein Praxisbericht aus der Grundschule. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Luhmann, N. (1984): Soziale Systeme. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Preuss-Lausitz, Ulf (2009): Integrationsforschung. Ansätze, Ergebnisse und Perspektiven. In: Eberwein, Hans / Knauer, Sabine (Hrsg.), Handbuch Integrationspädagogik. Kinder mit und ohne Beeinträchtigung lernen gemeinsam. Weinheim: Beltz (Beltz-Handbuch), S. 458–470.

Riedel, E. (2010): Gutachten zur Wirkung der internationalen Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung und ihres Fakultativprotokolls auf das deutsche Schulsystem. Gemeinsam Leben Gemeinsam Lernen NRW.

United Nations (2013): Thematic study on the right of persons with disabilities to education. Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. United Nations, General Assembly, Human Rights Council. A/HRC/25/29.

PädagogInnenbildung NEU

Das Lehramtsstudium im Entwicklungsverbund startete mit Wintersemester 2016/17. Die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung für den Bereich Sekundarstufe (Allgemeinbildung) wird von der Universität Innsbruck gemeinsam mit den Pädagogischen Hochschulen in Tirol, der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg und dem Mozarteum getragen. Wie ist es gelungen, die Anforderungen und Bedürfnisse aller in einem Curriculum zu verbinden?

Es war sehr viel guter Wille auf allen Seiten notwendig. Gezogen hat uns alle das Ziel, ein gemeinsames BA- und MA-Curriculum im Entwicklungsverbund West auf die Beine zu stellen. Kam es an irgendeinem Ende respektive in einer Gruppe zum Stocken, war immer jemand da, der sich bemüht hat, den Motor wieder anzuwerfen und zum Laufen zu bringen. Den Dissens als Chance für den nächsten Konsens zu begreifen, ich glaube, das haben wir alle in diesem Prozess nicht nur erfahren, sondern wohl auch gelernt. Ich würde sagen, wir sind auf einem gemeinsamen Weg, auch wenn wir diesen – noch – nicht immer gemeinsam gehen, was natürlich viele Gründe und Ursachen hat, die sehr oft strukturell bedingt sind. Über die Curriculum-Kommission haben wir auch die unterschiedlichen Arbeitskulturen und Haltungen an den jeweiligen Institutionen erfahren können. Rektor Märk hat sich immer wieder stark eingebracht, die Universität hat ja auch die Verantwortung für die Curricula der Sekundarstufenausbildung (Allgemeinbildung) übernommen. Führungspersönlichkeiten wie ihn braucht es in solch komplexen Prozessen ebenso wie Bildungssystemexperten wie Dekan Schratz, der ja international sehr stark eingebunden ist und durch diese Perspektiven immer auch zeigen konnte, dass Systeme in der Lage sind zu lernen. Ich glaube, für das Erreichen des Ziels hat es auch eine zeitlich straffe Vorgabe und eine gewisse Strukturierung gebraucht. Ich denke, dass ich diese als Vorsitzende der Curriculum-Kommission einigermaßen klar vermitteln und verdeutlichen konnte. Ich habe durch die Mithilfe vieler KollegInnen deren Einhaltung auch einfordern können. Wir hatten aber auch das große Glück, sehr engagierte und verantwortungsbewusste StudierendenvertreterInnen in der Kommission zu haben. Sie haben die Diskussionen immer sehr zielorientiert aufgegriffen und weiter gebracht.

Das Lehramtsstudium für die Sekundarstufe AHS- und BHS-Schulen war ursprünglich an der Universität Innsbruck beheimatet. Welche Veränderungen bringt der Zusammenschluss der Bildungseinrichtungen mit sich?

Die Veränderungen basieren auf den gesetzlichen Vorgaben, die nun eine einzige Ausbildung von Lehrpersonen in der Sekundarstufe I und II für alle Schultypen vorsehen. Zuvor haben die Universitäten ja Lehrpersonen für AHS- und BHS-Schulen ausgebildet und den Pädagogischen Hochschulen oblag die Ausbildung für Lehrpersonen in den Haupt- respektive Neuen Mittelschulen und Polytechnischen Lehrgängen. Die gemeinsame Ausbildung von Lehrpersonen für

all diese Schultypen bedeutet in gewisser Weise aber auch, dass die Politik das schulpolitische Pferd quasi von hinten aufzäumt: Eine gemeinsame Schule für alle in der Sekundarstufe I ist politisch scheinbar nicht durchzusetzen, die Politik konnte sich aber auf eine gemeinsame Ausbildung für Sekundarschul-Lehrpersonen einigen. Damit hat dieses Land weiterhin ein differenziertes Schulsystem, aber nun eine nicht differenzierte LehrerInnenausbildung. Das ist sicherlich ein Kuriosum, international gesehen.

Für die beteiligten Institutionen, Pädagogische Hochschulen und Universitäten also, bedeutet diese schultypenübergreifende Ausbildung, dass das „Prinzip der Lernerorientierung“ deutlich heterogener auszulegen und zu definieren ist als bisher. Die in den Institutionen vorhandene diesbezügliche Expertise muss also in der Ausbildung gebündelt werden. Das wiederum wird über die konkrete Kooperation unter den Lehrenden der verschiedenen Institutionen gelingen müssen. Auf der Ressourcenseite der beteiligten Institutionen bedeutet das gemeinsame Studium eine Bündelung von Personal und Infrastruktur. Hier sind aber noch viele Fragen zu lösen. Es sind ja auch zwei Ministerien für die nun gemeinsame Ausbildung zuständig, viele rechtliche Fragen sind noch nicht geklärt.

Das Curriculum für das neue gemeinsame Lehramtsstudium umfasst derzeit 24 Unterrichtsfächer und 2 Pädagogische Spezialisierungen. Wie hat sich die Arbeit in der Curriculum-Kommission gestaltet und was waren die größten Herausforderungen für die Kommission?

Die größte Herausforderung für die Curriculum-Kommission war sicherlich, eine tragbare Struktur zu finden, innerhalb derer die einzelnen Unterrichtsfächer respektive Pädagogischen Spezialisierungen und bildungswissenschaftlichen Grundlagen sowie pädagogisch-praktischen Studienanteile überhaupt ihre Curriculumsbereiche erarbeiten konnten. Zunächst musste aber überhaupt die Struktur des BA- und des MA-Curriculums festgelegt werden, also die ECTS-Verteilung, Definitionen der MA-Arbeiten etc. Das waren die grundlegenden Schritte, auf denen die weiteren Arbeiten aufbauen mussten.

Das Zusammenführen der Curriculumsanteile in ein einzelnes Curriculum stellte dann auch eine große Herausforderung dar, und zwar einerseits bereits auf der begrifflichen Ebene, andererseits aber vor allem auf der inhaltlichen Ebene und schließlich auch auf der Umsetzbarkeits-ebene, Stichwort Studierbarkeit. Insbesondere auf der inhaltlichen Ebene hat die Curriculum-Kommission aus meiner Sicht lediglich die ersten Hürden genommen. Ich sehe hier noch einen großen Abstimmungsbedarf, für den verstärkte intra-, inter- und transdisziplinäre Diskurse erfolgen müssen. In diesem Sinne ist die Sicht des Qualitätssicherungsrats, der die Entwicklung der neuen Curricula evaluativ begleitete und diese vor allem als Mittel des Diskurses betrachtet, hilfreich, da damit impliziert wird, dass das Curriculum Basis für weitere inhaltliche Diskussionsprozesse ist und auch sein muss.

Was empfinden Sie am neuen Curriculum für das Lehramt als besonders gut und was als weniger gut gelungen? Sehen Sie Entwicklungs- und Nachjustierungsbedarf?

Besonders gut am Curriculum erscheint mir der Arbeitsprozess an sich, denn dadurch sind Fachleute und ExpertInnen miteinander ins Gespräch kommen, die bis dahin kaum gemeinsam oder eher nur lose an der Lehramtsausbildung mitgewirkt haben. Dieser Prozess hat die Lehramtsausbildung auch stärker in den Fokus der Universität gestellt. Auf einmal war es notwendig, sich Gedanken über die Zielgruppe Lehramtsstudierende und deren spätere Berufsaufgaben zu machen, die sich ja nicht mehr ausschließlich auf Ausbildung von AHS- und BSH-SchülerInnen bezieht, sondern die nun auch HS- und NMS-SchülerInnen betrifft. Damit ist eine stärkere Differenzierung notwendig und auch eine klare Zieldefinition, zum Beispiel hinsichtlich der pädagogisch-praktischen Studienanteile, also an welchen Schultypen und konkreten Schulen sollen und können die Praktika für die Studierenden stattfinden. Aber auch die Fachinhalte sind nun gefordert, unterschiedliche Schultypen zu berücksichtigen. Dass es nun eine gemeinsame Ausbildung für Lehrpersonen in der Sekundarstufe gibt, begrüße ich also. Auch wenn in Österreich damit das bildungspolitische Pferd quasi von hinten aufgezäumt wird, denn eine tatsächliche Reform der Sekundarstufe I fasst die Politik ja nicht ins Auge. Für den Entwicklungsverbund West bin ich schon auch stolz, dass es uns gelungen ist, ein gemeinsames Curriculum für die Sekundarstufe Allgemeinbildung zu konzipieren und zu entwerfen. Natürlich gibt es Bereiche, die ich als weniger gelungen einschätze bzw. für die ich Entwicklungsbedarf sehe. So haben wir zum Beispiel die Diskussion über ein grundlegendes Bildungskonzept nicht in Angriff genommen. Auch inhaltliche Abstimmungen bei fachlich verwandten Fächern sind ein Desiderat; wir haben dies nur im Bereich der Fremdsprachendidaktik erreicht, allerdings war dies bereits lange vor dem neuen Curriculum der Fall. Die Fachdidaktiken untereinander haben Diskussionsbedarf, dies trifft aber auch auf anzustrebende Abstimmungen zwischen den Fachdidaktiken und den bildungswissenschaftlichen Grundlagen zu und auch zwischen den Fächern und den Fachdidaktiken. Was die tatsächliche Studierbarkeit betrifft, wäre es wünschenswert, adäquate Evaluierungsmaßnahmen bereits jetzt in Angriff zu nehmen, um Nachjustierungen evidenzbasiert vornehmen zu können. Insgesamt bin ich jedoch zuversichtlich, denn ich meine, dass ein einmal begonnener Diskussionsprozess kaum gestoppt werden kann; er kann ins Stocken geraten, aber dadurch dass so viele beteiligt sind, wird es immer wieder Gruppierungen und KollegInnen geben, die sich um das Weiterführen des Gesprächs bemühen werden. Da bin ich sehr optimistisch.

Die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive und ein entsprechendes geschlechter- bzw. genderspezifisches Lehrangebot sind in nahezu allen Curricula an der Universität verankert. Wie verhält es sich beim Lehramtsstudium?

Wenn die Geschlechterperspektive ausreichend in nahezu allen Curricula der Universität verankert wäre, dann ergäbe es sich von selbst, dass sie auch im Lehramtsstudium gegeben ist. Hier schwingt also ein gewisser Zweifel mit. Was die fachdidaktischen und bildungswissen-

schafflichen Curriculumanteile im Lehramtsstudium betrifft, muss ich – leider – sagen, dass die Geschlechterperspektive nur zu einem geringen Ausmaß eingearbeitet worden ist. Dieses Ausmaß ist zwar *grosso modo* ident mit jenem weiterer Heterogenitäts- respektive Diversitätsbereiche, ist aber in einer Überarbeitung des Curriculums aus meiner Sicht stärker zu verankern. Ich orte hier einen gewissen Nachholbedarf.

Studien belegen, dass sich bei der geschlechtsspezifischen Berufswahl junger Menschen wenig geändert hat. Buben tendieren weiterhin zu klassischen Männerberufen, Mädchen zu klassischen Frauenberufen. Was können Lehrpersonen dazu beitragen, dass sich Berufsentscheidungen von jungen Menschen mehr an Talenten und Neigungen und weniger am Geschlecht orientieren?

Lehrpersonen sind für Jugendliche wesentliche Bezugspersonen. Damit einher geht eine gewisse Modellwirkung. Ich erachte es zunächst für wichtig, dass Lehrpersonen über ihre eigene Motivation und Berufswahl reflektieren und darüber diskutieren können und wollen. Diese Offenheit kann Entscheidungswege bei der Berufswahl aufzeigen und zum Nachdenken beitragen. Und zudem können und sollen ja geschlechtsspezifische Aspekte auch in den Unterricht so verschiedener Fächer wie Geschichte, Politische Bildung, Fremdsprachen, Deutsch, Naturwissenschaften u.a. einfließen, wenig bekannte Sichtweisen aufzeigen, und damit auch modellhaft wirken.

Das Interview mit Barbara Hinger, Vorsitzende der Curriculum-Kommission für die Lehramtsstudien, führte Maria Furtner.

Das Internet ist frei. Bildung ist frei. Open Educational Resources (OER)

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht. Die Verbreitung von Lernmaterialien mit Hilfe des Internets ist ein Weg, um dieses Ziel zu erreichen. Noch lässt sich „frei“ nicht mit „alles für alle zugänglich“ übersetzen. Das Thema Open Educational Resources (OER) zeigt Wege auf, wie durch die Entwicklung einer Kultur des Teilens von Lernmaterialien ein weiterer Schritt getan werden kann. Auch die Universität Innsbruck leistet hierzu ihren Beitrag.

Ab dem Jahr 2000 wurde E-Learning an den Bildungseinrichtungen salonfähig. Neben einer gewissen Euphorie für das Thema, wurde aber auch deutlich, dass die Produktion von guten Lernmaterialien zeitaufwändig und oftmals mit hohen Kosten verbunden ist. Was läge also näher, als hart erarbeitete Lernobjekte miteinander zu teilen? Diese Bemühungen scheiterten allerdings weitestgehend. Retrospektiv betrachtet sind drei Gründe für das Misslingen der E-Learning-Projekte auszumachen.

- Erstens das sogenannte Paradox der Wiederverwendbarkeit. Um die Wiederverwendung von Lernobjekten technisch gewährleisten zu können, mussten diese so klein wie möglich sein. Dadurch ging jedoch der Kontext verloren, der ein Objekt für einzelne Lernende erst relevant macht. Ist der Kontext aber nicht mehr bekannt, sinkt die Chance, dass ein Lernobjekt wiederverwendet wird.
- Der zweite Grund lag an den sehr komplexen Standards für Metadaten. Das Erstellen dieser beschreibenden Informationen zu einem Lernobjekt war nicht nur zeitaufwändig, sondern auch sehr häufig eine technische Herausforderung, an der viele scheiterten.
- Letztendlich fehlte es auch noch weitestgehend an einer Kultur, die das Austauschen von elektronischen Lernunterlagen begünstigte. Während es im Bereich der wissenschaftlichen Forschung eine etablierte Praxis gibt, die Inhalte von Kolleginnen und Kollegen zu zitieren und auf dieser Basis neue Ideen zu entwickeln, fehlte diese Praxis im Bereich der Lehre praktisch völlig.

Die ersten, die im großen Stile dazu übergingen, größere Einheiten mit der Internetöffentlichkeit zu teilen, war das Massachusetts Institut of Technology (MIT). Bereits 2001 begannen das MIT damit, insgesamt mehr als 1800 Kurse über das Lernmanagementsystem OpenCourseWare freizugeben.

Wie soll man Open Educational Resources (OERs) beschreiben? Handelt es sich dabei um einzelne Grafiken, Videos, Texte, kleine Lerneinheiten oder um ganze Kurse, die online angeboten werden? Eine eindeutige und einheitliche Begriffsdefinition fehlt, doch das gemeinsame Verständnis geht dahin, dass sämtliche Typen von Lernunterlagen – egal ob es sich dabei um

einzelne Objekte oder um umfangreiche Materialiensammlungen handelt – möglich sind. So kann z.B. ein einzelnes Bild genauso OER sein wie ein ganzes Skriptum. Wichtig ist die Frage der Lizenzierung. OERs müssen sowohl frei zugänglich als auch wiederverwendbar sein.

Wie soll man sich angesichts der Tatsache, dass OER wie eine Weiterführung des gescheiterten Versuchs der Einführung von Lernobjekten erscheint, dem Thema gegenüber positionieren? Aus der aktuellen Situation heraus scheint es sowohl für Einzelpersonen als auch für Hochschulen durchaus lohnenswert, die Methoden in die eigene Praxis zu integrieren. Die großen Schlagworte lauten Reputation, Steigerung von Effizienz und Qualität von Lernunterlagen, ein offener Zugang zu Bildung, das Aufgreifen der studentischen Lebenswelt im Unterricht und nicht zuletzt die Demonstration, dass man am aktuellen Stand der Technik arbeitet.

Um mit der Initiative OER letztendlich nicht aus den gleichen Gründen zu scheitern, die zum unzureichenden Gelingen der Initiativen der Lernobjekte geführt haben, empfiehlt es sich gezielte Maßnahmen in den drei zuvor skizzierten Feldern zu setzen.

Im Jahr 2017 wird es an der Universität Innsbruck mehrere Akzentsetzungen geben, OER in die gängige Praxis zu etablieren. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Wissenschaftsministeriums, der Vereinigung Österreichischer Bibliothekarinnen und Bibliothekare,



des OANA-Netzwerkes und des Wissenschaftsfonds FWF hat der Verein Forum Neue Medien Austria, bei dem die Universität Innsbruck aktives Mitglied ist, Empfehlungen für die Integration von Open Educational Resources an Hochschulen in Österreich ausgearbeitet. Bereits jetzt ist es allen Lehrveranstaltungsleiterinnen und -leitern möglich, die eigenen Kurse im Lernmanagementsystem OpenOLAT komplett zu öffnen und so die Inhalte frei zugänglich zu machen. Um die Standardisierung und die Wiederverwendbarkeit von OER voranzutreiben, wird aktiv an einem aus dem Topf der Hochschulraumstrukturmittel geförderten Projekt zum Thema Open Education Access mitgearbeitet. Im April wird Interessierten an dem Thema eine intensive Schulung angeboten, und Ende Mai findet in Graz ein OER Festival statt.

Sind Sie beim Lesen auf Ideen gekommen oder sind Fragen aufgetaucht? Am Thema Interessierte sind herzlich dazu eingeladen, mitzudiskutieren und mitzuarbeiten. Wir freuen uns, Sie in der der Abteilung Neue Medien und Lerntechnologien begrüßen zu dürfen.

Ortrun Gröbinger

Literaturangaben

Ebner, M. / Freisleben-Teutscher, C. / Gröbinger, O. / Kopp, M. / Rieck, K. / Schön, S. / Seitz, P. / Seissl, M. / Ofner, S. / Zwiauer, C. (2016): Empfehlungen für die Integration von Open Educational Resources an Hochschulen in Österreich. Abgerufen 5. Januar 2017, von http://www.fnm-austria.at/fileadmin/user_upload/documents/Buecher/2016_fnma-OER-Empfehlungen_final.pdf

Weller, M. (2014): *The Battle for Open: How openness won and why it doesn't feel like victory*. Ubiquity Press. Abgerufen von <http://www.ubiquitypress.com/site/books/10.5334/bam/>

Kontakt:

DI (FH) Ortrun Gröbinger
Innrain 52, Geiwi, 2. Stock, 6020 Innsbruck
Telefon: 0512-507-23598
E-Mail: ortrun.groeblinger@uibk.ac.at

Die Welt steht dir offen! – das Projekt „talentscout-tirol“

Reinhard Starnberger ist seit 1.6.2016 im Büro für Öffentlichkeitsarbeit beschäftigt. Dort leitet er das vom Land Tirol finanzierte Projekt „talentscout-tirol“ und begleitet Jugendliche, die sich für ein Studium an einer der Tiroler Universitäten oder Fachhochschulen (Campus Tirol) interessieren. (S.F.)

Worum geht es beim Projekt talentscout-tirol?

Ziel des Projekts ist es, nach talentierten Schülerinnen und Schülern in allgemein- und berufsbildenden Schulen Ausschau zu halten, die die Voraussetzungen für eine tertiäre Ausbildung haben, aber eine besondere Unterstützung benötigen, um eine akademische Laufbahn einzuschlagen. Das sind in der Regel Jugendliche, die aus bildungsfernen, einkommensschwachen Elternhäusern kommen, oft auch MigrantInnen der ersten und zweiten Generation. Sie stehen bei uns im Mittelpunkt und werden individuell und bedarfsorientiert von der Schule bis ins Studium beraten und begleitet. Ein weiterer Schwerpunkt sind die sogenannten „First-Generation-Students“, also diejenigen Jugendlichen, die niemanden im familiären Umfeld haben, der/die studiert oder studiert hat.

Wie entstand die Idee zu diesem Projekt?

Die soziale Situation der Studierenden in Österreich ist durch verschiedene Studien sehr gut untersucht (z.B. Studierenden-Sozialbericht, Statistik Austria, OECD). All diese Studien zeigen, dass die oben genannten Personengruppen – also Kinder von GeringverdienerInnen und/oder Nicht-AkademikerInnen – nach wie vor mit geringerer Wahrscheinlichkeit studieren als Kinder von „Besserverdienenden“, die ja nicht selten auch AkademikerInnen sind. In Sachen Bildungsmobilität, die ja oft genug auch mit der sozialen Mobilität zusammenhängt, ist Österreich, was den Bildungsaufstieg angeht, in den OECD-Ländern leider das Schlusslicht. Das liegt sicherlich nicht daran, dass die Jugendlichen in Österreich weniger geeignet oder motiviert wären, sondern dass es hier so manch unsichtbare Hürden gibt, die überwunden werden müssen (und können).

Von welchen Hürden sprechen Sie konkret?

Es sind zunächst ganz allgemeine Fragen: Warum soll ich studieren und nicht gleich arbeiten gehen? Was sind meine Stärken? Was kann man alles studieren und wo? Und natürlich auch Fragen wie: Was kostet das alles? Kann ich mir das leisten? Viele wissen nicht, daß es Stipendien gibt, eine Information, die entscheidend sein kann, etwa im Gespräch mit Eltern. Hier muss noch besser und gezielter informiert werden.

Gibt es Statistiken welche Studienfächer von Kindern aus Nicht-AkademikerInnen-Familien bevorzugt gewählt werden?

Das ist eine interessante Frage und die Antwort ist überraschend, denn es gibt in der Tat Fächer die häufiger von Kindern aus Nicht-AkademikerInnen-Familien gewählt werden und diese sind vor allem bei den Geistes- und Sozialwissenschaften angesiedelt. In Fächern wie Medizin dagegen oder aber in technischen und ingenieurwissenschaftlichen Studien sind diese Personen deutlich weniger häufig anzutreffen.

An wen richtet sich das Angebot des talentescout-tirol?

Das Angebot richtet sich an alle Jugendlichen aus den oben beschriebenen Zielgruppen in Tirol. Da man diese Jugendlichen aber oft nur schwer direkt erreicht, sind die Lehrerinnen und Lehrer ganz wichtige Ansprechpersonen, und daneben natürlich auch die Eltern.

Wie kann man sich eine Begleitung durch den talentescout-tirol in der Praxis vorstellen?

Das ist ganz individuell und unterschiedlich, je nach Bedarf. Das Angebot ist ja freiwillig und kostenlos, allerdings sollte es einen individuellen Entwicklungsplan geben, ebenso wie die grundsätzliche Bereitschaft diese Art von Angebot über einen längeren Zeitraum zu nutzen. Ob man sich dann alle zwei Wochen trifft oder alle zwei Monate, ist nicht so wichtig. Entscheidend ist, dass der Kontakt nicht abbricht und es einen kontinuierlichen Prozess mit Zielen gibt, die erreicht werden.

Gibt es im deutschsprachigen Raum schon ähnliche Projekte?

In Österreich gab es ein derartiges Angebot bisher noch nicht, da sind wir hier in Tirol gewissermaßen Vorreiter. Die Idee allerdings kommt von einer Initiative in Deutschland, dem Zentrum Für Talentförderung NRW in Gelsenkirchen. Ich hatte auch schon Gelegenheit, die Kollegen dort zu besuchen und mich mit ihnen auszutauschen. Das Ruhrgebiet ist natürlich ein komplett anderes Pflaster als Tirol, und doch gibt es Gemeinsamkeiten, das fand ich interessant.

Vielen Dank für das interessante Gespräch!

Das Interview mit Reinhard Starnberger führte Sabine Fischler.

Nähere Informationen und Kontaktdaten:

<https://www.uibk.ac.at/public-relations/studienberatung/talentescout-tirol.html>

First Generation Students. Economic and Multicultural Diversity

Unser Bildungssystem reproduziert soziale Hierarchien und Differenzen und ist in den letzten Jahren – durch die zunehmende soziale Ungleichheit – für ökonomisch schwächere Gruppen wieder weniger durchlässig geworden. Das macht sich auch an der Universität bemerkbar. Die Universität Innsbruck greift diese Entwicklung mit dem Projekt „First Generation Students“ auf, in dem die Verhältnisse vor Ort eruiert und zielgruppenspezifische Maßnahmen entwickelt werden sollen. (A.W.)

Im Frühjahr 2016 hat sich die LFUI das Ziel gesetzt im Rahmen einer Gesamtstrategie bestehende Initiativen und mit Anliegen der Diversität befasste Organisationseinheiten zu vernetzen. In diesem Rahmen wurde auch die Idee entwickelt, ein Projekt für den Bereich „First Generation Students“ zu initiieren. Damit soll auf Entwicklungen reagiert werden, die unter anderem beim Forum Alpbach 2015 diskutiert wurden, und die inzwischen auch in diversen wissenschaftlichen Studien untersucht wurden: dem Rückgang der Anzahl von Studierenden aus sogenannten „ArbeiterInnenfamilien“, aus ökonomisch schwachen Gruppen und die nach wie vor geringe Zahl von Studierenden mit Migrationshintergrund.

Wie sich die Situation in Tirol bzw. an der Universität Innsbruck darstellt, soll nun anhand von bereits vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen, wie etwa der „Studierenden Sozialerhebung“ des Instituts für Höhere Studien, Berichten und Daten eruiert werden. Sinn einer solchen Vorstudie ist es, gezielt Maßnahmen zur Förderung von „First Generation Students“ entwickeln zu können bzw. die Bedeutung von bereits bestehenden Angeboten zu unterstreichen und sie gegebenenfalls auszubauen. Auch an der Universität Innsbruck besteht in gewisser Weise eine „Monokultur“ in Hinblick auf soziale Herkunft und die ethnische Zusammensetzung sowohl bei Studierenden, aber in der Folge auch beim wissenschaftlichen und allgemeinen Personal.

Welche Ansatzpunkte sinnvoll sind und auf der Handlungsebene der Universität einsetzbar und gestaltbar sind, um mehr Vielfalt und soziale Durchmischung an unserer Hochschule zu ermöglichen, ist ebenso eine Frage dieser Vorstudie. Dazu wird auch der Umgang anderer Universitäten – national und international – mit dieser Problematik untersucht.

Anzumerken bleibt freilich auch, dass eine grundlegende Herangehensweise in dieser Frage staatliche Politik herausfordert. Denn der Zugang zu Bildung ist nicht nur eine kulturelle Frage im Sinne von Sensibilisierung und Empowerment der involvierten Individuen und Gruppen. Es ist auch und vor allem eine Frage der ökonomischen Umverteilung sowie der Zugänglichkeit und Durchlässigkeit von Bildungssystemen.

Lesetipp zum Thema:

Didier Eribon (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Neues Institut für Islamische Theologie und Religionspädagogik an der Universität Innsbruck

Der vor drei Jahren an der Universität Innsbruck ins Leben gerufene Bereich Islamische Religionspädagogik wurde ab 1. Jänner 2017 unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Zekirija Sejđini zu einem eigenständigen Institut aufgewertet. Die junge Einrichtung an der School of Education trägt nun die Bezeichnung „Institut für Islamische Theologie und Religionspädagogik“.

Der Bereich Islamische Religionspädagogik (IRP) wurde im Wintersemester 2013/14 am Institut für Fachdidaktik an der School of Education der Universität Innsbruck gegründet. Somit wurde zum ersten Mal an einer österreichischen Universität das Studium der Islamischen Religionspädagogik im Rahmen eines Bachelorstudienganges angeboten. Während die strukturelle Verankerung des Bereiches IRP am Institut für Fachdidaktik zu einer engen Zusammenarbeit mit anderen Fachdidaktiken führte, ermöglichte seine räumliche Situierung an der Katholisch-Theologischen Fakultät eine intensive Kooperation v.a. mit dem Bereich Katholische Religionspädagogik in Lehre und Forschung auf dem interreligiösen Gebiet. Durch die Gründung des Instituts für Islamische Theologie und Religionspädagogik werden die Leistungen für die letzten drei Jahre anerkannt. Zudem drücken Universitätsleitung und Fakultät mit dieser Gründung auch ihr Vertrauen in die künftigen Aktivitäten des neuen Instituts aus.

Studium

Das Institut für Islamische Theologie und Religionspädagogik konzentriert sich im Bereich der Lehre aktuell auf die Ausbildung von ReligionslehrerInnen für den Islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Primar- und Sekundarschulen. Die AbsolventInnen sind außerdem für die Berufsfelder in Beratung und Seelsorge qualifiziert, wobei diese Bereiche in Zukunft



Muslimische und katholische Studierende arbeiteten gemeinsam in interreligiösen Gruppen.

noch ausgebaut werden sollen. Aktuell umfasst das Studienangebot des Instituts neben dem Bachelorstudiengang „Islamische Religionspädagogik“ auch den Studiengang „Unterrichtsfach Islam“ im Rahmen des Lehramtsstudiums. Beide Studiengänge werden jeweils mit eigenem Master-Studiengang erweitert. Darüber hinaus besteht seit dem Wintersemester 2014/15 die Möglichkeit einer Promotion im Bereich der islamischen Religionspädagogik. Aktuell nehmen ca. 100 Studierende das gesamte Studienangebot des Instituts wahr, wobei über die Hälfte der Studierenden Frauen sind. Das Studium der Islamischen Religionspädagogik ermöglicht auf der Grundlage wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit den islamischen Wissensdisziplinen einen gegenwartsbezogenen und reflektierten Zugang zur Religion des Islams und vermittelt Kompetenzen zur praxisorientierten Anwendung von Theorien und Methoden auf den Gebieten Islamische Theologie und Religionspädagogik.

Schwerpunkte in der Forschung

Die Forschungstätigkeit des Instituts umfasst ein breites Spektrum. Mit seinen MitarbeiterInnen arbeitet das Institut auf der Grundlage interdisziplinärer Forschungsprojekte in Kooperation mit anderen Instituten und eigener Dissertationsprojekte in unterschiedlichen Forschungsfeldern der islamischen Theologie und Religionspädagogik. In diesem Rahmen bietet das Institut auch regelmäßige öffentliche Veranstaltungen und Publikationen an; zum einen zu Fragen der Etablierung einer gegenwartsbezogenen islamischen Theologie und Religionspädagogik im europäischen Kontext, und zum anderen zu Fragen mit hoher gesellschaftspolitischer Relevanz, die sich aus den religiös und kulturell pluralen gesellschaftlichen Verhältnissen herauskristallisieren. Als Beitrag zum Umgang mit religiöser Pluralität und zur Schaffung eines sachlichen und differenzierten Zuganges zur herrschenden Islamdebatte in unserer Gesellschaft laufen aktuell zwei Forschungsprojekte am Institut: „Das Islamportal“ und die „Interreligiöse Religionspädagogik und Religionsdidaktik“, wobei letzteres ein interdisziplinäres Forschungsprojekt darstellt, das in Kooperation mit dem Bereich Katholische Religionspädagogik am Institut für Praktische Theologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät geleitet und durchgeführt wird.

Genderperspektive

Die Sensibilisierung für Fragen der Genderforschung ist ein weiteres wichtiges Anliegen des Instituts, das in Forschung und Lehre verfolgt wird. Daher wird die Geschlechterfrage in diversen theologischen und religionspädagogischen Lehrveranstaltungen thematisiert. Jährlich wird auch eine eigenständige Vorlesung zur Gender-Thematik angeboten. Das Institut setzt sich ebenso zum Ziel, im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen renommierte Referentinnen, die Pionierarbeit in der islamischen Frauenbewegung im deutschsprachigen Raum geleistet haben, zu einem genderspezifischen Vortrag einzuladen. So konnten im Sommersemester 2015 Rabeya Müller für den Vortrag „Der Qur’an im Unterricht – Chance für Geschlechtergerechtigkeit oder Anleitung zum Extremismus?“ und kürzlich Shaykha Halima Krausen für den Vortrag „Muslimische Frau im öffentlichen Raum“ gewonnen werden.

Zekirija Sejdini und Fatima Cavis

Erika Thurner: vielseitige und politisch positionierte Forscherin

Ab Anfang der 1990er Jahre war Erika Thurner an der Universität Innsbruck als Gastprofessorin tätig, 1999 wurde sie außerordentliche Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Nun ging sie mit Ende des Jahres 2016 in Pension. Als Forscherin deckte sie nicht nur ein breites Themenspektrum ab, sie hat ihre wissenschaftlichen Analysen und die Publizität, die sie damit erlangte auch eingesetzt – für diskriminierte Gruppen, zur Benennung von Ungerechtigkeiten und sozialer Ungleichheit. (A.W.)



Geboren in Bregenz, studierte Erika Thurner in den 1970er Jahren in Salzburg und Wien Geschichte, Zeitgeschichte und Psychologie. 1983 promovierte sie in Geschichte, 1991 habilitierte sie sich und wurde Universitäts-Dozentin für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Linz. 1999 habilitierte sie sich auch für Politikwissenschaft und wurde außerordentliche Universitätsprofessorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Die inhaltliche Breite ihrer Arbeit lässt sich anhand von zentralen Forschungsarbeiten – wenn auch nicht zur Gänze – schlaglichtartig nachvollziehen. In ihrer Dissertation beschäftigte sich Erika Thurner mit dem nationalsozialistischen „Zigeuner“-Lager im burgenländischen Lacken-

bach, einem Zwangsarbeitslager für Roma, Sinti und für als „Zigeuner“ verfolgte Menschen, wie z.B. die Jenischen. Mit dieser Forschungsarbeit, in deren Verlauf sie überraschend Akten in den Mauern und im Dachgebälk des ehemaligen Kommandanturgebäudes des Lagers fand, erregte sie internationale Aufmerksamkeit. Auch auf politischer Ebene kam damit in den 1980er Jahren einiges in Bewegung: Roma wurden als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt und in den ehemaligen Lagern Lackenbach und Salzburg/Maxglan wurden Mahnmale errichtet. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit von Erika Thurner war die Geschichte der Arbeiterbewegung – dazu habilitierte sie sich Anfang der 1990er Jahre mit einer Arbeit über die „Roten am Land“ in Salzburg. Auch Geschlechterpolitik und Geschlechterverhältnisse waren und sind zentrale Themen in ihrer Forschung: Von den Frauen in der Sozialdemokratie und in der Politik der Nachkriegsjahre bis hin zu moderner Frauenpolitik, wie sie Ende der 1970er Jahre erstmals institutionalisiert wurde. Dazu gehört auch die Publikation der, von Johanna Dohnal als „Politikerin in Residence“ gehaltenen, „Innsbrucker Vorlesungen“ (gem. mit Alexandra Weiss), die 2009 mit dem Bruno-Kreisky-Anerkennungspreis für das politische Buch ausgezeichnet wurde. Als Wissenschaftlerin steht Erika Thurner für eine kritische Forschung jenseits des Mainstreams und als Kollegin für eine solidarisch-freundschaftlich Haltung im Persönlichen, wie im Politischen.

Pensionierung von Univ.-Prof.ⁱⁿ Erna Appelt

In ihrer nahezu drei Jahrzehnte langen wissenschaftlichen Laufbahn an der hiesigen Universität leistete die feministische Politikwissenschaftlerin einen wesentlichen Beitrag zur Etablierung und strukturellen Verankerung der Geschlechterforschung in Innsbruck.



1995 habilitierte Erna Appelt mit dem Thema „Staatsbürgerschaft und soziales Geschlecht. Zur politischen Transformation des Geschlechterverhältnisses. Studien an ausgewählten europäischen Ländern“ an der Universität Innsbruck. Seit 1989 dort tätig, wurde sie 2010 zur Universitätsprofessorin ernannt.

Erna Appelts Forschungsschwerpunkte umfassen die politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung, insbesondere feministische Staats- und Demokratietheorie, Gleichstellungspolitiken sowie Care-Studies. Für ihre Verdienste um die Politikwissenschaft und die österreichische Frauen- und Geschlechterforschung erhielt Erna Appelt 2013 die Verdienstmedaille des Landes Tirol.

Erna Appelt war maßgeblich an der strukturellen Etablierung und Verankerung der Geschlechterforschung an der Universität Innsbruck beteiligt. Sie war Initiatorin und Sprecherin des Interfakultären Forschungsschwerpunktes „Geschlechterforschung: Identitäten – Diskurse – Transformationen“ (2005 – 2008) und der gleichnamigen Interfakultären Forschungsplattform der Universität Innsbruck (2008 – 2013), die sie bis heute mit ihrer Kompetenz unterstützt. Als Mitbegründerin des interfakultären Masterstudiums „Gender, Kultur und sozialer Wandel“, das 2010 eingerichtet wurde, setzte sich Appelt auch im Bereich der Lehre für die Geschlechterforschung ein. Neben ihrer inneruniversitären Arbeit war und ist ihr der Transfer von Wissen in die Gesellschaft ein zentrales Anliegen. 2011 gründete Erna Appelt den Verein Netzwerk Geschlechterforschung mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und in der Praxis tätigen Organisationen und Akteur*innen zu stärken.

Mit der Pensionierung von Erna Appelt verliert die Geschlechterforschung an der Universität Innsbruck eine hochgeschätzte Kollegin, die sich innovativ in Forschung und Lehre einbrachte und mehrere Generationen von Studierenden sensibilisierte, prägte und förderte.

Sabine Gatt und Andrea Urthaler

Max Preglau: Soziologe mit Profil geht in Pension



Max Preglau hat fast vier Jahrzehnte lang das Institut für Soziologie maßgeblich mitgeprägt. Nach einem Studium an der Wirtschaftsuniversität Wien und einer post-graduierten-Ausbildung am Institut für Höhere Studien in Wien, sowie einer kurzzeitigen Anstellung ebendort, kam er 1977 als Assistent an das erst sechs Jahre zuvor gegründete Innsbrucker Institut für Soziologie. 1985 habilitierte er sich mit der Studie *Wachstumskrise und Gesellschaftstheorie. Krisenanalyse am Beispiel der kritischen Theorie* (Campus Verlag 1987). 1991 wurde er zum Universitätsprofessor für Soziologie ernannt. Im selben Jahr folgte er dem Institutsgründer Julius Morel als Institutsvorstand nach, eine Funktion, die er zunächst bis 2001

innehatte und ein zweites Mal von 2003 bis 2006. Als Mitglied und Vorsitzender der Curriculumskommission der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie prägte Max Preglau entscheidend das Profil des Bachelorstudiums Soziologie, des Masterprogramms Soziologie mit der Spezialisierung auf Soziale und Politische Theorie sowie des PhD-Programms mit. Einen unverzichtbaren Beitrag leistete Max Preglau auch zur Einrichtung des Masterstudiums Gender, Culture and Social Change, an dessen Lehre er sich regelmäßig beteiligte.

Kritische Theorie und Gesellschaftsanalyse bringt die Grundausrichtung seiner soziologischen Arbeiten am treffendsten auf den Punkt. Seine Publikationen umfassen 14 Bücher als Autor oder Herausgeber, 66 Buchkapitel, 18 Beiträge in referierten Zeitschriften und 26 Forschungsberichte. Als ein Vertreter der Kritischen Theorie war Max Preglau eine Säule des besonderen Profils der Innsbrucker Soziologie, nämlich ihrer Konzentration auf soziologische Theorie. Einen Ausdruck fand dies in einem gemeinsamen Lehrbuch *Morel et al. (2015) [Erstausgabe 1989]: Soziologische Theorie*, das zu einem Standardwerk im deutschsprachigen Raum werden sollte und auch in einer ungarischen und einer griechischen Übersetzung vorliegt. Fünf Darstellungen der „Ansätze ihrer Hauptvertreter“ wurden dabei von Max Preglau eingebracht. Die drei jüngsten, von ihm mitherausgegebenen Bücher sind feministischen Themen gewidmet. Mit diesen Forschungs- und Publikationsprojekten positionierte er sich als wichtiger Mitarbeiter der universitären Forschungsplattform Geschlechterforschung.

Die internationale Ausrichtung in Lehre und Forschung führte Max Preglau 2006–2007 als Schumpeter Fellow an die Harvard University, 2011 war er Distinguished Visiting Chair Professor am Europe Centre of the Freeman Spogli Institute for International Relations an der Stanford University und zuletzt 2015 Fulbright-Botstiber Visiting Professor for Austrian and American Studies am Department of Government der University of Texas, Austin. Darüber hinaus lehrte er an der University of Minnesota, der University of New Orleans, der University of Notre Dame, der Okan University in Istanbul sowie an den Universitäten in Bozen und Trient.

Heinz Jürgen Niedenzu

Herausragende Geschlechterforschung ausgezeichnet

Am 29. November 2016 wurde der „Preis für frauen-/geschlechtsspezifisch/feministische Forschung“ an der Universität Innsbruck im Rahmen eines feierlichen Festaktes verliehen. Die mit 3.000 Euro dotierte Auszeichnung geht dieses Jahr an eine Diplomarbeit aus der Vergleichenden Literaturwissenschaft. (M.F.)

Mag.^a Julia Grabenweger ist die Gewinnerin des diesjährigen Preises für Geschlechterforschung. Mit ihrer Diplomarbeit „The Subject of Much Debate. Subjektivierung, Arbeit und Geschlecht in der Fernsehserie Mad Man“ konnte sie die Jury, bestehend aus Mitgliedern der Interfakultären Forschungsplattform für Geschlechterforschung, überzeugen.

Der Preis für frauen-/geschlechtsspezifische/feministische Forschung wird seit dem Jahr 2001 an akademische Abschlussarbeiten vergeben, die sich mit den Erkenntnissen der Geschlechterforschung bzw. der Gender Studies auseinandersetzen und zudem interdisziplinär ausgerichtet sind.



Julia Grabenweger (Mitte) mit Nikita Dhawan und Martin Sexl.

Der Preis dient einerseits der Förderung junger WissenschaftlerInnen und soll Ansporn sein, im Bereich Geschlechterforschung zu forschen. Andererseits soll mit dieser Auszeichnung auch die Bedeutung und die Vielfältigkeit der Geschlechterforschung an der Universität Innsbruck sichtbar gemacht werden.

Im Rahmen eines feierlichen Festaktes überreichte Rektor Tilmann Märk den Preis an Mag.^a Julia Grabenweger. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Nikita Dhawan sprach im Namen der Jury und führte die Begründung für die Vergabe des Preises aus. Sowohl die Preisträgerin als auch ihre ausgezeichnete Diplomarbeit wurden von Univ.-Prof. Dr. Martin Sexl im Rahmen einer wissenschaftlichen Würdigung vorgestellt und die besondere Qualifikation für diesen Preis eindrücklich aufgezeigt.

Erstmals würdigte die Jury herausragende Abschlussarbeiten, die in die engste Wahl genommen wurden (Verfasserinnen in alphabetischer Reihenfolge):

- *Mutterschutz und Elternschutz im deutsch italienisch österreichischen Rechtsvergleich*
Mag.^a Claudia Erlacher, Diplomarbeit an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
- *Thinking disruptively: the queer question in India*
Jennifer Hausberger, MA, Masterarbeit an der Philosophisch-Historischen Fakultät, Institut für Philosophie
- *Gender Representations in Austrian Schoolbooks: the Case of English and Spanish*
Mag.^a Katharina Hofmarcher, Diplomarbeit an der School of Education, Fachbereich Fremdsprachendidaktik
- *Modeoperation „Kaiserschnitt“ – die mediale Darstellung der Sectio als Alternative zur natürlichen Geburt*
Maria Rosa Paulmichl, MA, Masterarbeit an der Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Erziehungswissenschaft
- *Sprachliche Gewalt. Gewaltsame Sprache. Eine transdisziplinäre Annäherung*
Mag.^a Verena Sperk, Diplomarbeit an der Philologisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät, Institut für Sprachen und Literaturen, Bereich Sprachwissenschaft

Geschlechtergerechtigkeit und Fachkulturen

Seit gut 20 Jahren bemühen sich Universitäten um mehr Geschlechtergerechtigkeit, d.h. um einen repräsentativen Frauenanteil in Forschung und Lehre. Woran liegt es, dass die Erfolge eher mäßig ausfallen? Als Hemmnis wird zumeist reflexartig auf die schwierige Vereinbarkeit familiärer und beruflicher Anforderungen verwiesen. Dies ist jedoch nur einer der Gründe – das System Wissenschaft selbst und die alltägliche wissenschaftliche Praxis rücken zunehmend als Ursachen für den drop out von Frauen in den Blick.

Wer sich nur etwas mit dieser Materie befasst, kann mit dem Begriff der „leaky pipeline“ etwas anfangen: sinkender Frauenanteil nach der Promotion und mit steigender Besoldungsgruppe, bei Habilitationen und Professuren ein regelrechter Einbruch, in bestimmten Fächern eine augenfällige fachspezifische Unterrepräsentanz. In Deutschland wie in Österreich liegt der Frauenanteil bei den Professuren in den männlich dominierten Ingenieurwissenschaften bei 9 %, und bei 28 % in den insgesamt weiblich dominierten Sprach- und Kulturwissenschaften; die Schere zwischen dem gesamtuniversitären Anteil an weiblichen Studierenden mit 51,8 % und den weiblich besetzten Professuren mit durchschnittlich 16,8 % hat sich in den letzten Jahren trotz einschlägiger Maßnahmen kaum geschlossen.

Ein- und Ausschlüsse durch fachspezifische Geschlechterordnungen ...

In der Publikation „Fachkulturen als Ordnungen der Geschlechter. Praxeologische Analysen von Doing Gender in der akademischen Lehre“ liegen die sehr spannenden und erhellenden Ergebnisse des von 2009 bis 2013 durchgeführten Projekts *GenialL* (Gender in der akademischen Lehre) vor. Die universitäre Fachvermittlung wurde als zentrale Schnittstelle zur Implementierung von nachhaltigen gender- und diversitysensiblen Maßnahmen zur Verbesserung von Chancengleichheit im akademischen Bereich ausgemacht.

Die Kernüberlegung: Durch universitäre Lehre wird der wissenschaftliche Nachwuchs rekrutiert und reproduziert; diese fachliche Vermittlung ist ihrerseits eingebunden in und gerahmt von gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen, die sie, wenn keine ausdrückliche Reflexion stattfindet, mit dem Fachwissen an die zukünftigen Wissenschaftler_innen weitergibt.

Die Forscherinnen stellten sich die Frage: Wie beeinflusst akademische Lehre die Geschlechterverhältnisse an den Hochschulen?

Die Weitergabe des disziplinären Wissens findet im Kontext der jeweiligen Fachkultur statt, die in unterschiedlicher Form von einem spezifischen Habitus und einer spezifischen Geschlechterordnung geprägt ist, zwei Dimensionen, die eng miteinander verwoben sind.

... am Beispiel der „harten Wissenschaften“

Als theoretische soziologische Ausgangsbasis diente einerseits der Habitus-Ansatz von Pierre Bourdieu und das Konzept des Doing-Gender. Auf dieser theoretischen Basis fanden die empirischen Analysen statt: Die akademische Lehr-Lern-Situation in den genannten Fachkulturen wurde mit Expert_innen-Interviews, fokussierten Beobachtungen und exemplarischen Rahmenanalysen bearbeitet. Studierende und Lehrende sowie Vertreter_innen aus der Hochschulleitung kamen zu Wort.

Es zeigte sich beispielsweise, dass in den sogenannten „hard sciences“ (Mathematik, Naturwissenschaften, Informatik, aber auch Volkswirtschaft sowie Jus) einerseits Geschlechterneutralität immer wieder als zentrales Charakteristikum postuliert wird. Andererseits jedoch werden als „männlich“ konnotierte Eigenschaften wie methodisch, objektiv, unemotional, wettbewerbsorientiert und entscheidungsfreudig als unabdingbar für das Fach dargestellt. Den Studentinnen und Wissenschaftlerinnen wird so vermittelt, nicht wirklich dazu zu gehören. „Frauen in der Wissenschaft sind nach wie vor im Vergleich zu Männern anderen Normalitätsvorstellungen ausgesetzt – nämlich der ‚natürlichen‘ Zuständigkeit für Reproduktionsaufgaben. Diese wirken implizit und explizit als doppelbödige Normative“ (S. 27) lautet die Schlussfolgerung in der Studie. Durch die genaue Beschreibung von Schlüsselsituationen im Lehralltag machen die Autorinnen die Wirkung dieser Widersprüchlichkeit sehr anschaulich.

Weitere Themen, die gut nachvollziehbar und in erhellender Weise abgehandelt werden, sind die mehr als nur symbolische Wirkung von gendersensibler Sprache oder auch die Hierarchien produzierende Anordnung in den Lehr- und Seminarräumen.

Mögliche Ansätze im Bereich Lehre: Genderaspekte reflektiert einbeziehen

Als Ergebnis dieses vielschichtigen und umfangreichen Projekts legen die Autorinnen keine einfachen Lösungen vor, die in Form von Checklisten abgearbeitet werden könnten, was nur allzu leicht in einer „gleichstellungspolitischen Rhetorik“ mündet. Sie beschreiben vielmehr ein komplexes Ursachengeflecht, das eng mit außeruniversitären vergeschlechtlichten Verhältnissen zusammenhängt, und machen fünf Aktionsfelder fest, in denen sie Ansatzmöglichkeiten für mehr Geschlechtergerechtigkeit sehen:

- Coaching und Beratung im Kontext von Hospitationen,
- Biografiearbeit,
- Module gendersensibler Lehre im Kontext einer wissenschaftlichen Langfriststrategie,
- Dialoge von Genderexpert_innen aus Wissenschaft und Gleichstellungspolitik,
- Inter- und transdisziplinäre Genderdialoge.

Das Projekt *GeniaL* zeigt deutlich, wie eng Fortschritte in der Gleichstellung mit der Integration von Genderlehre als Vermittlung von genderspezifischen Aspekten mit dem jeweiligen Fach verknüpft sind. Sehr brauchbar für die hier angeregte weiterführende Diskussion sind die umfangreichen Literaturhinweise, in der sich sowohl Theorie als auch Praxis in Form von vielen Forschungsergebnissen finden lassen.

Elisabeth Grabner-Niel



Birgit Bütow
Lena Eckert
Franziska Teichmann

Fachkulturen als Ordnungen der Geschlechter

*Praxeologische Analysen von Doing Gender
in der akademischen Lehre*

Verlag Barbara Budrich,
Opladen, Berlin & Toronto 2016,
ISBN 978-3-8474-0080-6 (Paperback),
eISBN 978-3-8474-0368-5 (eBook),
218 Seiten, 28,80 Euro

Ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen

Jedes Jahr wird am 25. November – ausgerufen von der UNO – der Mädchen und Frauen gedacht, die Opfer von Gewalt wurden und nach wie vor werden. Die Universität Innsbruck beteiligte sich auch dieses Jahr an einer Fahnenaktion der Organisation „Terre des Femmes“, um das Bewusstsein für dieses Problem zu schärfen. Neben dem Campus Innrain und der SOWI hing die Fahne 2016 erstmals auch am USI. (M.F.)

Weltweit wird am 25. November alljährlich jener Mädchen und Frauen gedacht, die Opfer von Gewalt wurden und nach wie vor werden. Der von der UN ausgerufene Gedenktag leitet den internationalen Aktionszeitraum „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ ein, der am 10. Dezember mit dem Internationalen Tag der Menschenrechte endet.

Im Rahmen von „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ setzte auch die Universität Innsbruck ein sichtbares Zeichen für ein gewaltfreies Miteinander. Dabei ist nach wie vor jede dritte Frau von sexueller Gewalt betroffen (drei Viertel waren schon mit sexueller Belästigung konfrontiert). 90 % der Frauen erfahren Gewalt ausschließlich von Männern und 8,5 % überwiegend von Männern.¹ Auf Initiative des Büros für Gleichstellung und Gender Studies beteiligte sich die Leopold-Franzens-Universität Innsbruck 2014 zum ersten Mal an der Fahnenaktion „frei leben – Nein zu Gewalt an Frauen“ von Terre des Femmes. Im Jahr 2015 wurde die Aktion ausgeweitet, und die Fahne an zwei Uni-Standorten – Hauptgebäude und SOWI – gehisst, 2016 hing erstmals eine weitere Fahne beim USI.

Initiatorin der Fahnenaktion, die erstmals 2001 stattfand, ist die Organisation Terre des Femmes. Nach und nach konnten europaweit viele Institutionen und Organisationen für diese Aktion gewonnen werden. Auch in Tirol haben sich zahlreiche Einrichtungen angeschlossen (z.B. Stadt Innsbruck, Land Tirol, Autonomes Tiroler Frauenhaus uvm.). Das Hissen der Flagge ist Symbol für ein friedliches Miteinander ohne Gewalt



und für den besonderen Schutz von Mädchen und Frauen vor tätlichen Übergriffen im privaten und öffentlichen Raum. Terre des Femmes hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Thema Gewalt an Frauen aus der Tabuzone zu holen und gesamtgesellschaftlich sichtbar zu machen.

Ein Leben ohne Gewalt – in allen ihren Ausprägungen – ist ein Menschenrecht. Festgeschrieben ist das Recht auf ein gewaltfreies Leben für Mädchen und Frauen in der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen (CEDAW).

¹ www.frauennotrufe.at/cms/images/stories/ZAHLENDATENFAKTENZuSexuellerGewaltSeptember2014.pdf (11.01.2017).

Jahresrückblick aus dem Kinderbüro

Ein erfolgreiches Jahr ging zu Ende. Viel Spaß und Unterhaltung erlebten die Kinder der Universitätsangehörigen bei dem bewährten Ferienprogramm des Kinderbüros. Eines steht fest – Langeweile kam bei den Kindern nicht auf. (K.M.)

Sommerferienbetreuung

Im Sommer besuchten 61 Kinder von MitarbeiterInnen und Studierenden der Universität Innsbruck das siebenwöchige Ferienbetreuungsprogramm des Kinderbüros. Die verschiedenen Themenwochen ermöglichten den Kindern einen abwechslungsreichen Sommer. Am Programm standen unter anderem eine Medien-, Theater-, HandwerkerInnen-, Sport- und Aktivwoche sowie eine Woche „vor unserer Zeit“. Bei den zahlreichen Ausflügen wurde den Kindern einiges geboten. Sie führten die Kinder z.B.: ins Zeughaus, zum Muttereralmpark, auf die Schlickeralm oder zum Kids Park Klaus Äuele im Stubaital. Besonders aufregend gestaltete sich der Ausflug zum Innsbrucker Flughafen. Gemeinsam mit Vizerektor Meixner durften die Kinder den Weg von Reisenden gehen. Von der Abflughalle durch die Sicherheitskontrolle, aufs Vorfeld, dann zurück in die Ankunft und wieder in den öffentlichen Bereich. Die Kinder staunten



nicht schlecht, als sie sogar ein Flugzeug von Innen erkunden durften. Auch der Ausflug zum Tivoli-Fußballstadion bereitete den Kindern großen Spaß. Sie konnten auf dem Rasen der Profis das Passen und Prallen üben und fühlten sich dabei wie ganz große Stars.

Auch dieses Jahr konnte das Kinderbüro im Rahmen der Ferienbetreuung an verschiedenen universitätsinternen Angeboten teilnehmen. So bekamen die Kinder einen Einblick in die Universitäts- und Landesbibliothek Tirol, besuchten die Grüne Schule und probierten sich auf den verschiedensten Instrumenten des Klangspuren-Mobils bei einem Angebot der Jungen Uni aus.

Weihnachtswerkstatt

Am letzten Freitag vor den Weihnachtsferien fand in den Spielräumen ein kreativer Bastelnachmittag für Kinder von MitarbeiterInnen im Alter von 4 bis 10 Jahren statt. In unserer Weihnachtswerkstatt wurden Pralinen hergestellt, kleine Tannenzapfenbäumchen verziert, Rentiere gebastelt und vieles mehr. Besonders gestaunt haben die Kinder beim Schattentheater „Der kleine Igel und die rote Mütze“, das die Betreuerinnen der Spielräume für die Kinder vorführten. Ein schöner und besinnlicher Jahresausklang.

Quiz – (K)eine Schularbeit

Unser traditionelles Quiz widmet sich dieses Mal Fragestellungen rund um Bildung und Bildungszugang. Was ist Ihnen bekannt, was können Sie erraten? (S.E.)

1. Nicht nur Lernende, auch Lehrende haben und hatten es oft schwer: Der Lehrerinnenzölibat war eine rechtliche Regelung, die eine Unvereinbarkeit von Ehe und Beruf für Lehrerinnen fest-schrieb. Mit der Verhehlung verloren Pflichtschullehrerinnen in der Regel automatisch ihre Anstellung. Wann wurde dieses „Eheverbot“ in ganz Österreich aufgehoben?

a) 1918	<input type="radio"/>
b) 1945	<input type="radio"/>
c) 1949	<input type="radio"/>

2. Gleiche Bildungschancen für alle, das klingt nach einer Selbstverständlichkeit. Aber nicht immer sind die Rahmenbedingungen in Bildungseinrichtungen so flexibel, dass jedem Individuum die Teilhabe gleichermaßen ermöglicht wird. Die dafür erforderliche Betrachtung aller Menschen als gleichberechtigte Individuen, die von vornherein und unabhängig von persönlichen Merkmalen oder Voraussetzungen Teil des Ganzen sind, nennt man

a) Integration	<input type="radio"/>
b) Inklusion	<input type="radio"/>
c) Induktion	<input type="radio"/>

3. Das mit dem Bildungszugang für alle ist so eine Sache – seit wann ermöglichte in Innsbruck das erste nicht-konfessionelle Gymnasium Mädchen den Zugang zur höheren Bildung?

a) 1691	<input type="radio"/>
b) 1910	<input type="radio"/>
c) 1848	<input type="radio"/>

4. Buben eroberten hingegen das bislang Mädchen vorbehaltene Mädchengymnasium der Ursulinen im Jahr

a) 2014	<input type="radio"/>
b) 1976	<input type="radio"/>
c) Das Wirtschaftskundliche Realgymnasium der Ursulinen ist nach wie vor eine Mädchenschule	<input type="radio"/>

5. Ein Universitätsstudium war jahrhundertlang reine Männersache. Per ministeriellem Erlass von 1897 wurde Frauen in Österreich der Zugang zu den Universitäten eröffnet – vorerst allerdings nur an welchen Fakultäten?

a) Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultäten	<input type="radio"/>
b) Medizinische Fakultäten	<input type="radio"/>
c) Philosophische Fakultäten	<input type="radio"/>

6. Während Frauen an den Universitäten im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch eine Ausnahmeerscheinung waren, standen im Wintersemester 2016/2017 den 13.131 männlichen ordentlichen Studierenden wie viele Studentinnen gegenüber?

a) 13.348	<input type="radio"/>
b) 14.495	<input type="radio"/>
c) 27.626	<input type="radio"/>

7. Bis zum Jahr 1995 bestand in einem österreichischen Bundesland eine zweijährige Schulform sehr spezieller Art: (Ausschließlich) Mädchen die keine mittlere oder höhere Schule besuchten und nicht zum Besuch der Berufsschule verpflichtet waren, unterlagen nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres oder bis zur früheren Verehelichung der sogenannten hauswirtschaftlichen Berufsschulpflicht. Diese wurde erst im Oktober 1994 vom Verfassungsgerichtshof als gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßend aufgehoben. Welches Bundesland hielt so zäh an der primär hauswirtschaftlichen Ausbildung der Landestöchter fest?

a) Vorarlberg	<input type="radio"/>
b) Burgenland	<input type="radio"/>
c) Tirol	<input type="radio"/>

1. c) Das Eheverbot wurde 1949 durch die Bundesgesetzgebung aufgehoben. Nach 1945 wollten von den österreichischen Bundesländern bereits nur mehr Tirol und Vorarlberg am Lehrertinnenzölibat festhalten. „Die Frau soll ihre eigenen Kinder erziehen und nicht fremde. Nach den bisherigen Erfahrungen, die zwar nur eine kurze Spanne umfassen, sind wir nicht überzeugt worden, daß die verheirateten Lehrerinnen ein Vorteil für die Schule sind. Es tritt auch eine Zurücksetzung der Männer, die keine Lehrerinnen heiraten, zu Tage, wenn die Lehrerin auch nach ihrer Verheiratung im Dienste bleiben kann, während andere Frauen im gleichen Falle in der Regel aus dem Berufe ausscheiden, um Hausfrauen- und Mutterpflichten zu erfüllen. Öffentlicher Dienst und Haushalt vertragen sich nicht nebeneinander. Eines von beiden muß immer leiden, und das ist immer die Schule.“ So schrieb der Vortarlberger Landessatthalter Scheibel noch am 03.05.1950 an das Bundesministerium für Unterricht in einer Stellungnahme zum Entwurf des Landeslehrer Gehaltsüberleitungsgesetzes.

2. b) Während die Integration davon ausgeht, dass eine Gesellschaft aus einer relativ homogenen Mehrheitsgruppe und einer Minderheit besteht, die in das bestehende System integriert werden muss, stellt die Inklusion eine Abkehr von dieser Zwei-Gruppen-Theorie dar und betrachtet alle Menschen als gleichberechtigte Individuen, die von vornherein und unabhängig von persönlichen Merkmalen oder Voraussetzungungen Teil des Ganzen sind. Das Konzept der Integration nimmt also Unterschiede in den Fokus und verlangt vom Einzelnen die Anpassung an das Mehrheitsssystem, um ein vollwertiges Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Die Inklusion hingegen ordnet unterschiedliche individuelle Eigenschaften und Voraussetzungen nicht auf einer Werteskala, sondern betrachtet Vielfalt und Heterogenität als grundlegend und selbstverständlich. Hier muss sich nicht das Individuum dem System anpassen, sondern die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen so flexibel gestaltet sein, dass sie allen gleichermäßen die Teilhabe ermöglichen. Übertragen auf die Schule bedeutet das: Es ist die Aufgabe der Schule, dafür zu sorgen, dass alle SchülerInnen und Schüler mit ihren jeweiligen Fähigkeiten und Talenten am Unterricht teilnehmen können. Induktion (lat. inducere „herbeiführen“, „veranlassen“, „einführen“) bedeutet seit Aristoteles den abstrahierenden Schluss aus beobachteten Phänomenen auf eine allgemeinere Erkenntnis, einen allgemeinen Begriff oder ein Naturgesetz. In der Elektrotechnik steht der Begriff für die Erzeugung elektrischer Ströme und Spannungen in elektrischen Leitern durch bewegte Magneteiler, während der Begriff in der Biologie verwendet wird die von einem bestimmten Keimteil ausgehende Wirkung, die einen anderen Teil des Keims zu bestimmten Entwicklungsvorgängen zwingt.

3. b) Am 18. Juni 1910 fasste der Gemeinderat der Stadt Innsbruck den Beschluss, die „Höhere Töchterschule“ in ein Mädchenrealgymnasium zu überführen. Nur fünf Tage später wurde beim Ministerium um Zuerkennung des Öffentlichkeitsrechts angesucht und die Schule vorerst auf provisorischer Basis genehmigt. Das Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Innsbruck – Sillgasse gilt damit als das erste nicht-konfessionelle Gymnasium in Innsbruck für Mädchen. 1691 kamen die ersten Ursulinen von Landshut nach Innsbruck. 1705 bezogen sie das Kloster am Imrain, wo ein Konventsgebäude mit Internat und Schule errichtet worden war. Sie führten die erste – und bis 1775 die einzige – Mädchenschule der Stadt. 1904 eröffneten sie mit ihrem Lyzeum die erste höhere Schule für Mädchen in Tirol. 4. a) 2013 trafen Schulleiter und Direktion die Entscheidung, ab dem Schuljahr 2014/15 die Koedukation einzuführen. 5. c) Seit 1897 hatten Frauen Zugang zu den Universitäten – vorerst allerdings nur an den Philosophischen Fakultäten. Bereits drei Jahre später wurde die Zulassung zum Medizinstudium erkämpft, während die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät erst 1919, in den ersten Tagen der Republik Österreich, Frauen zum Studium zuließ. 6. b) 14.495 Studentinnen führt die Homepage der Studienabteilung mit Stichtag 22.12.2016 als ordentliche Studierende, also gut 1.000 mehr als männliche Studenten.

7. a) Diese Schulform hatte die Aufgabe, Mädchen in die hauswirtschaftliche Tätigkeit einzuführen und ihre Allgemeinbildung zu festigen. Von den 720 Unterrichtsstunden entfielen ganze 416 auf „Mädchenhandarbeit“ und Hauswirtschaftslehre, 72 auf Religion und lediglich je 36 auf Deutsch und Rechnen. In den restlichen Stunden wurden Lebenskunde, Gesundheitslehre und Kinderpflege unterrichtet. Apropos Kinderpflege: Während eine Heirat ein Mädchen von dieser Schulpflicht befreite, war das bei der Geburt eines (unehelichen) Kindes nicht der Fall.

Einrichtungen für Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler und Studierende

Büro für Gleichstellung und Gender Studies	<p>Bereich Gleichstellung: http://www.uibk.ac.at/leopoldine/gleichstellung Tel. 0512/507-9045 • e-mail: gleichbehandlung@uibk.ac.at</p> <p>Bereich Gender Studies: http://www.uibk.ac.at/leopoldine/gender-studies Tel. 0512/507-9810 oder 9063 e-mail: gender-studies@uibk.ac.at oder fem@uibk.ac.at</p> <p>Bereich Kinderbüro: ADV Gebäude Eingang Ost, Innrain 52b, 6020 Innsbruck http://www.uibk.ac.at/leopoldine/kinderbuero/ Tel. 0512/507-9048 bzw. 9047 • Tel. SpielRäume: 507-9079 Fax 0512/507-9886 • e-mail: kinderbetreuung@uibk.ac.at</p>
Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen	<p>Innrain 52, 6020 Innsbruck http://www.uibk.ac.at/gleichbehandlung/ Tel. 0512/507-9046 • e-mail: gleichbehandlung@uibk.ac.at</p>
ÖH – Referat für Frauen- und Gleichbehandlungsfragen	<p>Josef-Hirn-Str. 7/2, 6020 Innsbruck http://www.oeh.cc/ Tel. 0512/507-35625 • e-mail: frauen@oeh.cc</p>
Verein Netzwerk Geschlechterforschung	<p>Kontakt: Sophia Bahl e-mail: netzwerkgeschlechterforschung@gmail.com www.netzwerkgeschlechterforschung.wordpress.com</p>
AEP-Frauenbibliothek	<p>Öffentliche Frauenbibliothek AEP Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck • http://www.aep.at/ Tel. 0512/58 36 98 • e-mail: aep.frauenbibliothek@aon.at Öffnungszeiten: Mo. und Do. 16.30–19.30 Uhr, Fr. 10.00–13.00 Uhr</p>
ARCHFEM	<p>Interdisziplinäres Archiv für Feministische Dokumentation Zollerstraße 7, 6020 Innsbruck e-mail: kata@kbhaller.com • www.archfem.at Öffnungszeiten: nach Vereinbarung</p>
Interfakultäre Forschungsplattform Geschlechterforschung	<p>Sprecherin der Forschungsplattform: Prof. Nikita Dhawan, Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck, Innrain 52, 6020 Innsbruck http://www.geschlechterforschung.at Koordinatorin: Mag. Marion Jarosch • Tel. 0512/507-39862 e-mail: gender-research@uibk.ac.at</p>

